

Tarifrunde 2023

Nr. 6 • Januar 2024

*Liebe Kolleg*innen,*

wir haben eine Tarifeinigung vom 9. Dezember 2023. Die Mitgliederbefragung ergab eine Zustimmung. Wir haben als **ver.di**-Betriebsgruppe überlegt, dass wir gerne einmal darlegen möchten, was aus unserer Sicht Gründe dafür sind, dass wir an manchen Stellen noch zufriedener sein könnten.

1 Fordern, was unser Leben verbessert

Seit 2020 schießt die Inflation in Deutschland durch die Decke; um 17% sind die Preise seitdem gestiegen, Lebensmittel sind sogar 30% teurer geworden. Unsere Löhne sind seitdem um knapp über 7% gestiegen. Das heißt, wir können uns, bei gleicher Arbeit, effektiv weniger von unserem Lohn leisten. Selbst die Forderung »10,5% und mindestens 500 Euro mehr« gleicht also nicht einmal vollständig den Verlust unserer Kaufkraft aus. Diese Forderung war vor diesem Hintergrund offensichtlich zu niedrig angelegt.

Wir haben am Uniklinikum vor dem Beschluss der Forderungen versucht, mit möglichst vielen Kolleg*innen über die Forderungen zu sprechen. Dabei hat sich gezeigt: auch im Betrieb ist die Meinung eindeutig, dass es



eine höhere Forderung als die beschlossene gebraucht hätte. Außerdem hat sich gezeigt, dass viele Kolleg*innen sich immer noch eine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wünschen, sei es durch mehr Urlaub, weniger Wochenstunden oder frühere Rente.

Selbst wenn wir also die Forderung von **ver.di** nach 10,5 % bzw. mindestens 500 € mehr Lohn in dieser Tarifrunde vollständig durchgesetzt hätten, wären wir wahrscheinlich nicht zufrieden. Aber davon sind wir weit entfernt. Denn egal wie viel wir gefordert hätten, die Antwort der Arbeitgeber ist: so viel Geld ist nicht da. Und auch wenn wir doppelt so viel gefordert hätten, würden sie nicht doppelt so viel geben. Sie würden genauso blockieren wie sie es taten, würden nicht einen Cent freiwillig rausrücken. Was wir am Ende be-

kommen haben, war ein Kräftemessen - zwischen uns Streikenden und dem Arbeitgeber.

Wir finden: Auch für eine schlechte Forderung muss man streiken gehen. Aber wenn wir wirklich stärker werden und mehr durchsetzen wollen, brauchen wir Forderungen, die unser Leben wirklich besser machen.

2 Nein zur Sozialpartnerschaft

Dahinter steckt die Idee, man sei gemeinsam verpflichtet, die unterschiedlichen Interessen von Beschäftigten und Arbeitgebern im Zusammenspiel von Gewerkschaften und Arbeitgebern fair unter einen Hut bringen.

Der vermeintliche soziale Partner, vertreten durch den Hamburger Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) ist vordergründig auch mit der Gewerkschaft einer Meinung, wenn er sagt: „Die Beschäftigten der Länder leisten hervorragende Arbeit. Dafür verdienen sie Wertschätzung, auch in Form von angemessenen Lohnerhöhungen“. Bloß meint er mit angemessenen Lohnerhöhungen, dass man zum Beispiel Wohngeld beantragen muss, obwohl man Vollzeit arbeiten geht. Unsere Forderungen, die nicht einmal ganz die Inflation decken, seien auf jeden Fall zu teuer. Dieser Mann soll „wieder“ unser sozialer Partner werden? Wie soll das gehen? Wir wollen von unserer Arbeit möglichst gut leben, er will offensichtlich, dass wir möglichst wenig kosten – diese beiden Interessen stehen im direkten Gegensatz zueinander! Dabei ist auch egal, ob das Parteibuch der SPD gehört oder wie beim letzten Mal der CDU und beim nächsten Mal vielleicht den Grünen.

Wir haben auch letztes Jahr im Streik für den TV-E sehr deutlich vor Augen geführt bekommen: Die Vorstellung, dass man die Arbeitgeber nur lange genug freundlich bitten oder mit vernünftigen Argumenten überzeugen könnte, freiwillig das Geld rausrücken, ist eine absolute Illusion.

3 Nein zur Sachzwanglogik

Wenn Andreas Dressel davon spricht, unsere Forderungen seien zu teuer und nicht bezahlbar, behauptet er, es gäbe schlichtweg kein Geld für uns. In der **ver.di**-Betriebsgruppe und sicher auch unter allen Streikenden gibt es keine einheitliche Meinung dazu, ob das Sondervermögen von 100 Milliarden € für

Redaktion: ver.di-Betriebsgruppe UKA
verdi-betriebsgruppe@unikum-aachen.de

WWW.UNIKUM-AACHEN.DE



Fortsetzung von Seite 1

die Bundeswehr, das letztes Jahr vom Bundestag beschlossen wurde, richtig ist. Dass es zustande gekommen ist, zeigt aber auf jeden Fall eines: Wenn der politische Wille zu etwas da ist, kann Geld in ungeheuren Mengen locker gemacht werden. Offensichtlich besteht dieser politische Wille nicht, wenn es um unsere Löhne geht. Für uns ist das kein neues Spiel: 2022 haben uns die Arbeitgeber monatelang erzählt, dass sie mit uns keinen Entlastungs-Tarifvertrag abschließen können. Am Ende konnten sie es doch. Früher hieß es, man könne in Krankenhäusern nicht streiken. Dass wir nach 2006 überhaupt einen Tarifvertrag haben, lang daran, dass wir das Gegenteil bewiesen haben.

Wie viel für uns rauskommt, liegt nicht an irgendwelchen in Stein gemeißelten Geldsummen, sondern daran, wie viel wir gemeinsam durchsetzen. An Geld mangelt es schließlich nicht: es steckt aber in den Ta-



schen einer kleinen Handvoll von Menschen, die so viel haben, dass sie unsere Löhne von ihrem Privatvermögen komfortabel bezahlen könnten. Und egal welcher Partei sie angehören, vertreten die Regierenden zuallererst die Interessen der Allerreichsten und größten Konzerne.

Eben das ist der Grund, warum die Regierungsvertreter auch nie unsere „Sozialpartner“ werden können. Man kann nicht gleichzeitig die Reichen immer reicher machen und uns vernünftige Arbeitsbedingungen, Löhne und Renten ermöglichen. Die regierenden Parteien haben bewiesen, welche Seite sie wählen. Und deshalb ist Streik unsere einzige Chance.

4 Nein zur Spaltung der Belegschaften

Die Parteien versuchen uns davon abzulenken, indem sie uns beim Sparen gegeneinander auszuspielen versuchen. So tun sich gerade CDU und FDP besonders damit hervor, dass man beim Bürgergeld sparen sollte - angeblich im Interesse der hart Arbeitenden. Aber was heißt das konkret? Es bedeutet: Sie wollen bei einem Teil unserer Kolleg*innen sparen, die nämlich so wenig verdienen, dass sie zusätzlich zu ihrem Lohn noch mit Bürgergeld aufstocken müssen! Sie wollen bei den Kolleg*innen von Karstadt und Real sparen, die jetzt arbeitslos werden und auf Bürgergeld angewiesen sind. Und vielleicht auch bei uns oder unseren Partner*innen, sollten wir jemals unsere Arbeit verlieren.

Und dass sie beim Bürgergeld sparen, wird sie obendrein nicht davon abhalten, gleichzeitig Krankenhäuser zu schließen und bei unseren Löhnen zu geizen. Im Grunde versuchen sie uns gegeneinander auszuspielen, um letztlich unser aller Leben zu verschlechtern. Dabei müsste bei niemandem von uns gespart werden. Das

Geld ist da. Wir müssen es uns nur bei denen holen, die es in Milliarden anhäufen.

Im Grunde ist dies dieselbe Spaltung, die sie immer im Streik versuchen. Egal, wann und wo gestreikt wird: Die Arbeitgeber und oft genug die Medien versuchen, Streikende und nicht-Streikende, aber auch die Streikenden gegeneinander auszuspielen. Das zeigt sich zum einen daran, wenn öffentlich gegen Streikende gehetzt wird, wie es im besonderen Maße immer dann stattfindet, wenn bei der Bahn oder den Fluggesellschaften gestreikt wird.

Zum anderen versuchen die Arbeitgeber aber auch, uns bei den Abschlüssen gegeneinander auszuspielen, indem sie für manche Berufsgruppen kleine Boni anbieten, während sie bei anderen besonders unnachgiebig sind. Leider haben sich unsere Verhandlungsführer in den letzten Tarifrunden auf solche Manöver immer wieder eingelassen. Der Abschluss von 2021 war besonders davon gekennzeichnet: Für manche Berufsgruppen gab es hohe, neue Zulagen, für manche kleine, für manche gar nichts. Im Pflegedienst wurden selbst innerhalb derselben Berufsgruppe riesige Unterschiede gemacht.

Als **ver.di**-Betriebsgruppe lehnen wir diese Herangehensweise ab. Sie macht uns schwächer. Wir haben schon 2022 im Streik gesehen, dass einzelne Berufsgruppen auch wegen dieser Ungleichbehandlungen in den Jahren davor nicht mitgestreikt haben und der Streik dadurch schwächer war. Aus unserer Sicht sollten wir uns für möglichst gleiche Forderungen für möglichst viele Beschäftigte einsetzen und uns auf die Versuche der Arbeitgeber, eine Berufsgruppe über die andere zu stellen, nicht einlassen. Das ist unsere Ansicht als **ver.di**-Betriebsgruppe, die wir euch aber natürlich nicht einfach vorsezen, sondern sie und das Ergebnis mit euch diskutieren wollen. Dafür ist jetzt Zeit!

Außerdem wollen wir euch gern dazu einladen, die Arbeit von **ver.di** am Uniklinikum aktiv mitzugestalten. Alle 3 Wochen (abwechselnd online und in Präsenz) treffen sich unsere Vertrauensleute, also diejenigen, die hier im Betrieb ehrenamtlich ver.di-Arbeit machen. Jedes ver.di-Mitglied ist herzlich dazu eingeladen, dabei mitzumachen jede Hand und jeder Kopf machen uns stärker.

Wer daran Interesse hat, sich das mal anzusehen, kann uns gerne eine E-Mail schreiben und sich weitere Informationen und die Termine dazu abholen!

Wir freuen uns auf Euch!

